

Arbeiterkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Will der Arbeiter Arbeiter-Zeitung
Der Rote Stern

Abonnementpreis: 12 Pf. für den mit Höhe und Spalte; 1 Mt. im Viertel. Postamt: Postfach 20471, Halle-Merseburg. Einzelhefte: 1 Pf. 20 Pf. (Abz.) 20 Pf. (Abz.)

Preis 10 Pfennig Halle, Montag, den 28. November 1932 12. Jahrgang, Nr. 275

Nazi-Verrat an den Hungernden!

Preuß. Landtag hat Nazipräsident Kerrl durch längere Vertagung sofortige Beratung der SPD-Arbeitslosenansprüche verhindert

Abstimmt mit den Kapitalstrukturen ab! Das „kleinere Uebel“ wieder da

(Eig. Meldung.) Berlin, 28. November.
Vorbereitend verhindert die Nationalsozialisten, die Beratung der Anträge für die Hungernden, die Fraktionsführer Kube längere Zeit mit Nazi-Propaganda hatte, indem sie namentliche Abtötung des sich selbst aber an der Abtötung nicht beteiligten die die Beschleunigung der Abtötung herbeiführten. Die erste Feststellung der Weisung betrafte Nazi-Kerrl dazu, um kurze Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu verschieben und somit die Entscheidung länger wichtiger anmöglich zu machen. Es handelt sich dabei über wichtige Anträge, die sich gegen die Wiedererrichtung Papens und Brachts

verlassen an die Macht, dann werde Elend und Not bald beseitigt. Aber wie will er sie beseitigen? Durch den Arbeitsdienst für 50 Millionen Reichsmark! Das Reichskapital, den Profit der Kapitalisten will er nicht anfechten. Die Lohnabbauoffensive, den Sozialraub will er durchführen, um den bankrotten Kapitalismus zu retten. Als Vorbedingung dafür will er, wie er Hindenburg erklärte, den Bolschewismus aufräumen, die Kommunistische Partei und die revolutionären Organisationen des Proletariats verbieten. Daran spricht auch die Absicht des Herrschers, daß allein die Kommunisten die organisierende und führende Kraft des Proletariats im Kampfe gegen Hungerdiktatur, Ausbeutung und Unterdrückung sind. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen h. d. Kommunisten.)

Vor mehreren Wochen erklärten die SPD-Führer, daß es für die Sozialdemokratie keine Politik des „kleineren Übels“ mehr gebe, daß sie insofern Hindenburg als auch Hitler bekämpfe. Das war ein dreifacher Betrug, denn in der Tat hat die SPD weder Hitler noch Hindenburg bekämpft, sondern mit allen Mitteln das Proletariat vom Kampf abzuhalten versucht und mit ihrer Kapitulations- und Streikbruchpolitik der Entfaltung des Sozialismus den Weg bereitet. Die SPD hat auch unentwegt durch „kleinere-Übel“-Politik die Arbeiter zu verwirren und zu betriegen versucht. Die SPD- und KPD-Führer billigen den Lohnabbau bei der WWS, weil 2 Pf. Lohnfürsorge ein kleineres Uebel seien als 15 Pf. Braun hat einen Beteiligungsbrief an Hindenburg gerichtet.

Anträge der Kommunisten gegen Wahlrecht und politische Entziehung der Jugendlichen; Anträge der Nazis, KPD und SPD für Hilfsjugendlichen der Gemeinden; Anträge der Nazis und Kommunisten auf Wiedererrichtung der Unterstützungsrichtlinie, gegen den Bau und für tarifliche Entlohnung, Beseitigung der Heizgebühr und Winterhilfe für die Erwerbslosen und sozial Hilfbedürftigen; Anträge der Nazis und Kommunisten für die Beseitigung der Sondergerichte; Anträge der Kommunisten und Nazis und des Jenseitigen als zunächst dringlich eingebracht waren, um die Anträge der Nazis und Kommunisten zu verhindern. Die Verhandlung all dieser wichtigen Anträge, die zum Teil von der Regierung eingebracht worden waren, haben die Verhandlungen mit ihrem Präsidenten Kerrl durch Sprengung unterbrochen. Damit haben sich die Nazis erneut nicht mit dem Reichspräsidenten Kerrl durch Sprengung unterbrochen. Damit haben sich die Nazis erneut nicht mit dem Reichspräsidenten Kerrl durch Sprengung unterbrochen.

Der Genosse Schwenz sprach dann noch einmal über den Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Insbesondere prangerte er die Parteipolitik der sozialdemokratischen SPD-Verwaltung an. Unter kurzweiligem Beifall der Kommunisten schloß er mit den Worten, daß der KPD-Verbleibereite ein ganzes neues Zeugnis dafür ist, daß der revolutionäre Klassen- und Massenkampf erfolgreich voranschreitet.

Netzt versucht die SPD noch offener und schamloser als bislang, durch ihr Vorgehen dem „kleineren Uebel“ die Arbeiter zu betriegen. Der neue Ausgangspunkt ist das Schließen der Kassen für die Arbeiter. Dazu schreibt der „Vorwärts“ am 25. Nov.: „Schon die erste Antwort Weisners vom 22. November zeigt, wie sehr Hitler nun in der Schlinge lag! Er hatte verflucht, auf dem Boden einer parlamentarischen Mehrheit dem Reichspräsidenten die Reichsanzeigererschaft ab-

General Schleicher stößt vor!

Mit der Kabinettsbildung beauftragt — „Winterwaffenstillstand“ von Nazis bis SPD

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. November.

Die Verhandlungen um die Regierungsbildung haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Reichswahrminister General Schleicher führt jetzt auch offiziell die Verhandlungen mit den Parteiführern. Es wird erstrebt, unter dem Schlagwort eines „Winterwaffenstillstandes“ mit Hilfe der Naziführer eine Vertagung des Reichstages auf längere Zeit herbeizuführen, um dem neuen Präsidialkabinet die Möglichkeit zu seinen verschärften Maßnahmen zu geben.

Wie die bürgerliche Montagspresse mitzuteilen weiß, ist die Vertrauensfrage zurückzuführen auf die Vermittlung des Zentrumsführers Kaas. Dieser hatte betont, daß man einen von allen Seiten abgelehnten Politiker wie den Reichsminister von Papen unmöglich beauftragen könne. Schleicher, der bisher bei dem ganzen Verfahren im Hintergrund geblieben war, ist der Mann, der nach allen Seiten die Fäden „Verhandlungen“ hat. So wird berichtet, daß als Kandidat für dieses Kabinetts Krupp von Bohlen und Halbach vom Reichsverband der deutschen Industrie, von Neurath als Reichsaussenminister und vgl. auch der Prälat Kaas in Frage kommen.

Es handelt sich jetzt vor allen Dingen darum, daß mit den übrigen Parteien der Bourgeoisie und den Sozialdemokraten eine solche Koalitionsmöglichkeit geschaffen wird, daß diese der sofortigen Vertagung des Reichstages nach seinem Jubiläum am 6. Dezember zustimmen. Damit soll der „Winterwaffenstillstand“ eingeleitet werden, der bei Aufrechterhaltung des „Burgfriedens“ die ungehörte Durch-

führung der Pläne der deutschen Bourgeoisie gegen das Proletariat und gegen die Wertigkeiten garantieren soll.

Höchste Warmbereitschaft für das ganze deutsche Proletariat ist nach wie vor das Gebot der Stunde.

Landarbeiter erkämpfen Lohnerhöhung

Die Gutserhaltung des Anführers Holz hatte schon dreimal in diesem Jahre den Lohn gestürzt und verdrückte nun zum viertenmal die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter anzugreifen. Die Arbeiter verständigten sich und teilten dem Inspektor mit, daß sie sich keinen Lohnabbau mehr gefallen lassen, sondern vielmehr 5.— Mark für den bester Rübten mehr verlangen. Das Verlangen traten 20 Arbeiter in dem Streik. Denen folgten weitere 26 Arbeiterinnen und Arbeiter. Nach 6 Stunden gab die Gutserhaltung nach und bewilligte die von den Streikenden geforderte Zulage von 5.— Mark pro Hektar.

So zeigen diese Landarbeiterinnen und -arbeiter, daß in jeder Jahreszeit mit Erfolg gekämpft werden kann.

Nazi-Demagogen am Branger

Die nationalsozialistische Propaganda schickte sich am Sonnabend mit der Genossin Franz, Breslau, bei der die Finanzierung der Gemeinden und die Unterstützung für die Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen die Genossin Franz die Wägen der sozialdemokratischen Wähler in das richtige Licht gerückt. Sie an die Wägen der Nazis die Frage, warum sie nicht diese gegen die Sozialisten führen. Sie gab jedoch die Antwort darauf. Weil sie ihr geliebtes Land, das Völkern mit seinen grauenvollen Elendskulturen, die Welt ihnen am 6. November zwei Millionen Wähler verloren, während die Kommunisten ihre Stimmen auf die Genossin Franz schloß mit den Worten: Schleicher hat gestern erklärt, man solle nur Hitler

Halle demonstrieren

Am Sonnabend hungernde Arbeiter demonstrieren das amtliche Wölfische Telegramm. In Halle am Sonnabend Hungerdemonstrationen. Am Sonnabend haben schon an den Vortagen, Erwerbslosentruppen auf der „Hunger“-Rufe ausbrachten. Am Vormittag kamen Arbeiter aus etwa 3-400 Personen, die dann die Hungerdemonstrationen einleiteten. Die Polizei hatte Streifenwagen zur Verhinderung der Demonstrationen geschickt. So erreichten Zwölfhundert bis zum Nachmittag nicht gekommen. Die Hungerdemonstrationen wurden an verschiedenen Stellen der Stadt verboten.

Landarbeiter-Demonstration in Berlin

Am 28. November kam es in Berlin auf dem Potsdamer Platz zu Demonstrationen eingeleiteten Demonstrationen von etwa 1000 Landarbeitern. Ein Landarbeiter hielt eine Ansprache und an der Spitze der Demonstrationen der kommunistischen Arbeiter, die die Demonstrationen einleiteten. Mehrere Landarbeiter wurden verhaftet. Sie wurden freigelassen.

Schleicher und seine Ministerkandidaten:



General Schleicher



Stogorwald (Zentrum)



Nazi-Straw



Prälat Kaas (Zentrum)



Kommunistische Wahlerfolge in Belgien

(Sig. Med.) Brüssel, 28. November.

Gestern fanden in Belgien die Gemeinderatswahlen statt. Allegemeines Versehen die Wähler ruhig. Nur in einzelnen Orten kam es zu größeren Zusammenstößen. Das abschließende Ergebnis liegt noch nicht vor, doch ist zweifellos ein sehr starkes Wachstum der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen. Das beweist auch das einzige bisher vorliegende Resultat aus Cuxen, Melmedy-St. Vith. Das Resultat stellt sich folgendermaßen dar (die Zahlen in Klammern sind die Zahlen der letzten Parlamentswahlen aus dem Jahre 1929):

Badische SPD-Spaltung?

(Sig. Drahtm.) Mannheim, 28. November.

Der gestern festgesetzte Bezirksparteitag der badischen SPD in Offenburg hat mit Mehrheit beschlossen, daß das Konordat abzutreten sei. Wie gleichzeitig bekannt wird, will die SPD-Candidatespartei trotzdem die Annahme des Konordats ermöglichen.

Erfolge der Kommunisten bei den Gemeinderatswahlen

(Sig. Drahtm.) Bremen, 28. November.

Am gestrigen Sonntag fanden in 14 Landgemeinden des Gebiets Gemeinderatswahlen statt. Die Kommunisten gewannen in 10 Gemeinden, in 4 wurden sie durch die SPD, in 2 durch die Zentrumspartei, in 1 durch die Christlich-Sozialen, in 1 durch die Nationaldemokraten ersetzt. In 12 Gemeinden wurden keine Kommunisten gewählt. In 10 Gemeinden wurden Kommunisten gewählt, in 2 durch die SPD, in 2 durch die Zentrumspartei, in 1 durch die Christlich-Sozialen, in 1 durch die Nationaldemokraten.

Die übrigen bürgerlichen Parteien erhielten verschiedene Stimmen. Die Nazis haben also auch bei dieser Wahl Verluste erlitten.

„Werbt Betriebsarbeiter für die Partei“ ruft Genosse Ernst Thälmann

„In der Werbearbeit der Partei muß eingeschlossen werden die notwendigen politischen Kampfschritte genommen werden. Der Anteil der Betriebsarbeiter geht in der Partei in ernster Weise zurück. Dies ist ein direktes Warnungssignal für uns. Wie können wir die Mehrheit der Arbeiterklasse gewinnen, wie wollen wir in der Zeit des drohenden Verbots der Partei unsere Aufgaben meistern, wie können wir die notwendigen politischen Kampfschritte, die Streiks gegen Hunger und Faschismus und wie alle Formen des Massenkampfs organisieren, wenn die entscheidenden Kader unserer Partei nicht in den Betrieben stehen?“

Ich verweise hier auf das Beispiel unserer polnischen Bruderpartei, die seit vielen Jahren illegal ist, aber dank ihrer guten Betriebsarbeit fest in den Massen verankert ist und ihre Vor-

marsh ununterbrochen fortsetzt. Etwa 60 Prozent unserer Genossen stehen im Betrieb.“

(Aus der Rede des Genossen Thälmann auf der Parteikonferenz, „Im Kampf gegen faschistische Diktatur“)

Betriebs- und Straßenzellen, Ortsgruppen-Parteiteilungen!

Die Parteikonferenz hat in einem besonderen Beschlusse die Parteikonferenz, die der Werbung neuer Betriebs- und Gewerkschaftsmitglieder, die Schaffung Stützpunkte in den Betrieben, die Festlegung der bestehenden Betriebszellen, die Führung dieser Zellen, die Durchführung der notwendigen Maßnahmen getroffen, um die Arbeit schnell und entschlossen zu realisieren.

Freigewerkschaftler beschließen Kampf

Mitgliederversammlung des Denag, Zahlstelle Wittenberg, für gemeinsamen Kampf des proletariats gegen jede Verhängung faschistischer Diktaturmaßnahmen

Am Sonnabend tagte eine Mitgliederversammlung des deutschen Nahrungsmittel- und Genussmittelverbandes, Zahlstelle Wittenberg, in deren einstimmig eine faschistische Protokollresolution gefaßt wurde. In der Resolution wird gelobt, in roter Linie gegen alle Schläge der Bourgeoisie und einer kommenden Regierung gegen die Arbeiter abzuwehren.

(Sig. Meldung.) Wittenberg, den 28. November. Am Sonnabend tagte eine Mitgliederversammlung des deutschen Nahrungsmittel- und Genussmittelverbandes, Zahlstelle Wittenberg, in deren einstimmig eine faschistische Protokollresolution gefaßt wurde. In der Resolution wird gelobt, in roter Linie gegen alle Schläge der Bourgeoisie und einer kommenden Regierung gegen die Arbeiter abzuwehren.

Hollische Berkehrsarbeiter für den Kampf

Am Freitag tagte im „Vollspatz“ zu Halle eine Konferenz der hollischen Berkehrsarbeiter für den Kampf.

waren durch Kollegen vertreten. Ein gemäßigt-revolutionäres Komitee aus Berlin sprach über den Betriebskampf. Außerdem der Kollege Krause, der vor kurzem von der SPD übergetreten ist. Auch in dieser Versammlung wurde die gleiche Linie wie in der Wittenberger Denag-Berliner Konferenz einstimmig gefaßt.

Neue ungeheuerliche Zuchthausurteile

In Sangerhausen wurde auf Grund der Notverordnung der 19jährige erwerbslose Scholler R. zu einem Jahre, einem 17jährigen Zuchthaus verurteilt, weil er gegen einen Polizeibeamten Widerstand geleistet hatte, der ihn zur Wache mitnehmen wollte als R. ihn zur Rede stellte darüber, daß er des Angeklagten Mutter geschlagen hat.

verfündlich nur in seiner Phantasie besteht) über ein Blatt berichten, das von Heinz Reumann herausgegeben wird. In diesem Flugblatt werden die tollsten Lügen über die jetzige Situation verbreitet. Es fehlt sogar nicht der allschändlichsten von der Umbringung von Heinz Reumann, von dem bekannten Kommunisten, der die Arbeit der Partei in Berlin leitet, und von dem bekannten Nationalsozialisten, der die Arbeit der Partei in Berlin leitet, und von dem bekannten Nationalsozialisten, der die Arbeit der Partei in Berlin leitet.

Vor dem Ulmer Sondergericht wurde am Mittwoch ein ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen 3 Arbeiter und eine Arbeiterin gefällt, die bei der Verteilung des Streiks in der Juli-fabrik in Bismarck im September Zusammenkünfte mit Schriftführern hatten. Zwei Arbeiter erhielten je ein Jahr Zuchthaus für die Verteilung des Streiks gegen Lohnbau, ein Arbeiter drei Monate und die Arbeiterin einen Monat Gefängnis.

Es erübrigt sich eigentlich, auf diesen blödsinnigen Dummheiten zu bestehen. Da die Flugblätter aber vielleicht irgendwo noch in die Hände der Arbeiter kommen, so wollen wir sie hier veröffentlicht haben, damit die Arbeiter wissen, was für eine Nationalsozialisten-Propaganda sie in der Hand haben. Die Flugblätter sind in der Hand der Arbeiter veröffentlicht worden. Ueberflüssig zu sagen, daß der Genosse Reumann mit diesem Flugblatt nicht nur die Arbeit der Partei in Berlin leitet, sondern auch die Arbeit der Partei in Berlin leitet.

Das Sondergericht in Gledahn-Rhodt verurteilte am 23. November gegen einen Reichsbannerarbeiter wegen Cambrüdenbruchs. Die Nazis waren an dem Garten, in dem er arbeitete, vorbeizugingen und provozierten ihn. Er kam zu einem Zusammenstoß. Der Staatsanwalt beantragt 1 Jahr Gefängnis, das Gericht jedoch weit darüber hinaus und verurteilte den Reichsbannerarbeiter auf Grund der Notverordnung Hindenburgs zu 10 Jahren Zuchthaus!

Die neue ungeheuerlichen Zuchthausurteile müssen der Anporz für die gesamte Arbeiterfront sein. Der Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz zu verstärken. Millionenfach muß der Schrei ergehen: Fort mit dem Sondergericht! heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Das Landgericht in Litzke verurteilte am 24. November gegen sechs Arbeiter. Sie wurden beschuldigt, einer Niederlassung des Offener Sprengstofffabrikats Schwarzpulver und Zündkapseln entnommen und im Stabwald vergraben zu haben. Das Gericht verurteilte zwei Arbeiter zu je drei Jahren Zuchthaus, einen dritten Arbeiter zu 2 1/2, und einen vierten Arbeiter zu 2 Jahren Zuchthaus. Zwei weitere Arbeiter erhielten je ein Jahr Gefängnis.

Jetzt wurden auf dem Kalteher Friedrichshall in Gledahn von Betriebsrat durchgeführt. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg und ein großer Sieg für die rote Betriebsratsarbeit.

Roter Sieg bei den Betriebsratswahlen Kalteher Friedrichshall

(Sig. Bericht.) Hannover, 28. November.

Jetzt wurden auf dem Kalteher Friedrichshall in Gledahn von Betriebsrat durchgeführt. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg und ein großer Sieg für die rote Betriebsratsarbeit.

Die Liste 1, rote Betriebsratsmitglieder, 155 Stimmen gegenüber 121 bei der letzten Wahl.

Die Liste 2 der Reformisten erhielt 134 Stimmen gegenüber 100 bei der letzten Wahl.

Die rote Betriebsratsmitglieder für 3 Betriebsräte und 15 stellvertretend erhalten gegen 3 Betriebsratsmitglieder der Liste 2.

14 sozialistische Professoren der Medizin sind unter dem Vorwand des Gesundheitswesens nach Berlin gekommen. Ein japanischer Konzern wird infolge eines Entschlusses anlässlich der Berlin (Hindenburg) zum Entlassen gezwungen wurden getötet.

Zu zwingen — nun hielt ihn der Reichspräsident fest auf der Zusage einer parlamentarischen Mehrheit, während Hitler mit Händen und Füßen sich gegen die parlamentarische Mehrheitsbildung sträubte.

Hindenburg und Meißner (und Scheißer) werden so als Ketter, als Schatz gegen Hitler hingestellt. Die falschlichen Kreise, die hinter Meißner (und Scheißer) stehen, werden von der SPD als „kleineres Uebel“ gegenüber dem Hitler-Faschismus gepöpselt. Die ganze SPD-Propaganda hat in diese Kerbe. So erklärte z. B. die sozialdemokratische Nürnberg-„Frankfurter Tagespost“ (28. November) in fetten Schlagzeilen:

„Der durchsichtige Hitler. Hindenburg hat kein Vertrauen zu ihm.“
„Der als Senner sozialdemokratische „Volk“ (28. November): „Der Hitler-Traum zertrümmert. Der Trömler hat seine Schuldigkeit getan. Seine Freunde von gestern erklären den großen Schwärzer.“

So belügt die Sozialdemokratie die Arbeiter. Es ist nicht wahr, daß Hitler für die Bourgeoisie nur „eine Schuldigkeit getan hat“, er tut sie vielmehr wieder! Die Hitler-Fraktion unterläuft auch ideologisch weiter die Bourgeoisie. Es ist nicht wahr, daß Hitlers „Freunde von gestern“ ihn entlarfen, ihm etwa als arbeiterfeindlich, als kapitalistischer, als Verfallener Ankläger demaskieren. Es ist nicht wahr, daß sie gegen den Hitler-Faschismus kämpfen.

In Wahrheit sind sich Hindenburg-Scheißer und Hitler ganz und gar einig in der Erhaltung und Stärkung des kapitalistischen Systems, in der Weiterführung des Spaten-Kurses, also des notennotierten Lohnabbaus und der Maßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, in der imperialistischen Politik, in

Bürgerfrieden
VERSAMMLUNG DER KPD VERBOTEN
für uns sprechen
unsere Kampf-Broschüren
Organisiert Massenvertrieb

der Launen der Faschisten. Differenzen bestehen zwischen den verschiedenen bürgerlichen Gruppen und Parteien über die besten Methoden zur Durchführung des Lohnabbaus und anderer entsprechender wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen und über den Einfluß im Staatsapparat. Die entscheidenden Teile der deutschen Bourgeoisie wollen Hitler nicht als Kanzler, weil sie dadurch eine eigene konservative Verfassung der Reichsregierung mit sich bringen und die Macht der Arbeitermassen fürchten. Aber sie brauchen Hitler zur Unterdrückung des Diktaturkampfes.

Das kommende Diktaturkabinett — auch wenn Hitler irgendwas anderer Rangier ist — ist kein „kleineres Uebel“, das zu tolerieren ist, sondern ist ein Uebel für das Proletariat, das aus entscheidende beklamt werden muß. Worauf läuft das jegliche herausreitende Hindenburg durch die SPD hinaus? Das hat der „Bormärts“ selbst verraten, als er am 18. November wörtlich schrieb:

„Eine Präsidialregierung, die im Vertrauen des Reichspräsidenten allein und nicht auch im Vertrauen des Reichstages ihre Schritte tut, ist nur dann mit der Verfassung vereinbar, wenn sich die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit als zunächst völlig unmöglich erweist. Man kann sich eine solche Präsidialregierung dann auf zweierlei Art vorstellen: Entweder der Reichspräsident findet einen Staatsmann von Format — und nicht ein ungeschriebenes Blatt aus einem Herrenfuß — der sich trotz allem eine Mehrheit schafft, aber er beschließt sich mit einer Kammerregierung, die sich dann nicht etwa als Inkarnat der Verfassung, sondern die in aller Bescheidenheit und Unparteilichkeit besorgte tut, was zur Aufrechterhaltung des staatlichen Lebens unbedingt notwendig ist.“

Die SPD will also das kommende Präsidialkabinett tolerieren und bittet nur um einige bescheidene Stellen. Da liegt der Hund begraben.

Die SPD legt so ihre Kapitulationspolitik, ihre weitere Wegbereitung für den Faschismus fort. Die SPD wird überdies still Kosten neue Zustritte bekommen, aber desto eifriger ihre „kleineren Uebel“-Politik des Arbeiterverrats fortführen.

Sozialdemokratische Arbeiter, möcht ihr den Faschismus schlagen, dann kämpft gegen jede Diktaturregierung, gegen die ganze faschistische „nationale Konzentration“, dann hinein in die proletarische Einheitsfrontaktion an der Seite der Kommunisten!

Über 300 Hamburger Hochbahner kommen zur KPD!

Beim Streik der Hamburger Straßen- und Hochbahner war der organisatorische Einfluß der KPD noch zu schwach, um gegen die Streifbruchaktion der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Kampf führen und fortsetzen zu können. Die KPD-Gruppen in Hamburger Verkehrsbezirk sind aber energisch daran gegangen, die Schwächen zu überwinden. Es wurde gemorben, und da Tausende von Verkehrsarbeitern den Streikführer der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer erlebt haben, war die Werbung erfolgreich. Im Monat Oktober sind 371 Kollegen aus dem Verkehrsgewerbe Hamburg der KPD beigetreten; davon 367 im Betrieb lebende. Diese 371 Betriebsarbeiter sind in ihrer großen Mehrheit Straßen- und Hochbahner. Das ist ein Beispiel zur Nachahmung für alle Betriebe und Bezirke.

Gruben werden stillgelegt

Aus Oberhausen wird mitgeteilt, daß die zu den Hohenlohe-Werken gehörige Jannp-Grube stillgelegt wird, wodurch 670 Arbeiter und Angestellte auf die Straße fliegen.

Ganz Hochamerika erlebt gestern schwere Winterstürme, die auch Menschenleben forderten. Der Schaden ist sehr groß.

Stremer nationalsozialistischer Schwindel

Nachdem der „Kampf“ und andere nationalsozialistische Blätter in unserem Bezirk wieder einmal die alte Geschichte von der „nationalsozialistischen“ heraus, als deren Herausgeber der berühmte Sozialdemokrat Dr. Fritz Heilmann dieses Blattes Herausgeber ist, hat der Vorstand von „einer Berliner Schriftleitung“ die selbst-

Salle, den 28. November.

wennendes Problem unseres Bezirksparteitags

Landarbeiter in die Einheitsfrontaktion!

Die Entfaltung der revolutionären Landarbeiterbewegung ist eine Lebensfrage für das revolutionäre Proletariat — Organisiert Landarbeitertreits gegen die fortgesetzten Angriffe der Junter!

Kürzung der Arbeitszeit im Sinne des Anheier-Ruhland-Aufgebotes

Die Großagrarien holen zu einem neuen Schläge gegen die Landarbeitertreits... Die Anheier-Ruhland-Aufgebote... Die Kürzung der Arbeitszeit... Die Entfaltung der revolutionären Landarbeiterbewegung...

Mitglieder des DVB für die Einheitsfront aller Landarbeiter unter Führung der KASD und des roten Landarbeitertreitsverbandes mobilisieren.

Soweit die KASD nach Einfluß unter der Landarbeiterschaft haben, müssen wir ebenfalls die Oppositionsstellung bei den nationalsozialistischen Landarbeitern kritisieren...

Die Arbeiter müssen ihren Kampf aufgeben, das auch ihre Fgs. Großagrarien den Lohnraub genau so und erst recht durchführen!

Das Sekretariat des Reichsausschusses der KASD schreibt in einer Wahlbetrachtung zur Wahlwahl unter anderem:

Mit größter Initiative gilt es jetzt in allen Bezirken die Arbeit unter den Landarbeitern heranzujagen. Jede Organisationsarbeit, alle Arbeitergruppen müssen die von Lohnraub und Fugelsinn... Die Arbeiter müssen ihren Kampf aufgeben...

Gleichzeitig müssen unsere Genossen dabei Material sammeln. Material von Gutshöfen über die Ausbeutung und Schikanierung der Landarbeiter...

Diese Berichte ebenfalls an das Bezirkskomitee der KASD, WfL, Land, einschicken, damit unsere ganze Aktion unter den Landarbeitern durch eine großartige Pressekampagne unterstützt wird.

Diese ganze Kampagne muß verbunden werden mit einer intensiven Werbung für die KASD und den Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter unter den Landarbeitern.

Neue Stützpunkte, neue Arbeitsgruppen und Ortskomitees müssen geschaffen werden.

Das ist besonders wichtig, weil der weitaus größte Teil der Landarbeiter überhaupt nicht organisiert ist. In allen diesen Fragen muß die KASD und der rote Verband besonders diszipliniert werden.

Jeder ein aktiver Streikorganisator! Jeder ein Führer der Landarbeitertreits! Jeder ein Helfer für den roten Verband!

Vorwärts im Sinne des Anheier-Ruhland-Aufgebotes!

Metallarbeiter im Saalkreis

Am Samstag, dem 29. November 1932, abends pünktlich 8 Uhr im Restaurant „Zur Sonne“, Nienchen, Bezirksversammlung aller in Nienchen wohnenden und im DVB organisierten Kollegen.

Agenda: 1. Berichtserstattung von der Bezirksleitung, 2. Wahl des Bezirksleiters und Stellvertreters.

Am Sonntag, dem 30. November 1932, abends pünktlich 8 Uhr, im Restaurant „Zur Sonne“, Nienchen, Bezirksversammlung aller in Nienchen wohnenden und im DVB organisierten Metallarbeiter.

Agenda: 1. Berichtserstattung von der Bezirksleitung, 2. Wahl des Bezirksleiters und Stellvertreters.

BC — Gewerkschaftskommission

Die Kommission hier besonders vorzuführen. Immer mehr werden Arbeiter die männlichen Arbeiter durch die viel billigeren Arbeiter ersetzen. Hier müssen insbesondere die Interessen der männlichen Arbeiter, die Landarbeitertreits zu...

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung des Deputats für Jugendliche! Jugendliche Landarbeiter werden von den Großagrarien ausgebeutet und wir müssen jetzt die jugendlichen Arbeiter mobilisieren. Das sind spezielle Aufgaben für den DVB und die Jugendgruppen der KASD.

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage! Die Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage! Die Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage! Die Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage! Die Kürzung des Deputats nach der jeweiligen Preislage ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Kürzung der Arbeitszeit! Die Kürzung der Arbeitszeit ist eine Aufgabe, außer auf den Gütern der Großagrarien vorzunehmen und die Rechte, die häufig verloren gehen, für uns zu gewinnen, denn die „Fugelsinn“ werden ihnen den Lohn eben abziehen.

Zelle nimmt Stellung zum Bezirksparteitag

Selbstkritik und Aufgabenstellung zur Durchführung gefasster Beschlüsse

Die Betriebskommission der Zelle schreibt unter: Die Zelle hat in letzter Besetzung bei Reichs-Bau-Industrie-Arbeiter im „Klassenkampf“ besprochen. Die Partei hatte bereits darauf hingewiesen, daß man den Betriebsräten, d. h. den Genossen, die diese Fehler gemacht haben, helfend zur Seite stehen muß, um weitere Fehler für die späteren Wochen zu verhindern.

Am 22. und 23. November haben wir in Zusammenkünften zu den Beschlüssen der Partei Stellung genommen. Die Zelle „Mittel Deila“ ist einmütig für Durchführung derselben. Die Fehler der Genossen Betriebsräte wurden sofort gebremst, die Genossen haben ihre schweren Fehler zugegeben, gelobt aber, in Zukunft sich unter die Kontrolle der Partei zu stellen, keine Handlungswesen von sich aus zu tätigen. Wir haben gleichzeitig den Beschlüssen der Zelle auch Beschlüsse politisch zu führen. Und dies erfolgt allmählich an zwei Abenden. Thema: Programm der Partei.

Genossen, wir legen jetzt auf der „Gründe Mittel“ schon einige Erfolge unserer Arbeit, rege Aussprachen und Diskussionen. 100 Austritte aus dem Arbeiter sind die Folgen!

Die Jugend, die in Behermutigung gedrückt wird, meutert offen. Überall liegen große Arbeitsfelder brach, wo wir atern können, die auch Frucht für unsere Partei bringen.

Auch auf der Glasbläse Wulle fallen wir Fuß, in diesem Betrieb sind heute 8 Genossen veranzt. Wir werden weiter vorwärtlich und eine Sellenleitung wählen, damit hier ebenfalls durchschweifliche Arbeit geleistet wird. Diese Bude steht vor dem Lohnraub. Eine Arbeiterschaft, die Genossen sind in der Leitung. Der Lärm läuft am 30. November ab.

Als Verbeßerung für den Bezirksparteitag stellt sich die Zelle folgende Zelle:

- 10 Parteigenossen,
- 5 „Klassenkampf“-Zelle,
- 5 KASD,
- 1 Zelle für Glasbläse.

Arbeit geleistet wird. Diese Bude steht vor dem Lohnraub. Eine Arbeiterschaft, die Genossen sind in der Leitung. Der Lärm läuft am 30. November ab.

Als Verbeßerung für den Bezirksparteitag stellt sich die Zelle folgende Zelle:

- 10 Parteigenossen,
- 5 „Klassenkampf“-Zelle,
- 5 KASD,
- 1 Zelle für Glasbläse.

Kettet Barck vor dem Henter!

Betriebsproteste gegen das Todesurteil

Der Gesamtbetriebsrat der jüdischen Arbeiter Breslaus telegraphierte an den jüdischen Justizminister: „Schärfer Protest gegen das Todesurteil Barck, fordern Aufhebung.“

Nerner nehmen wir aus der Fülle der betrieblichen Proteste gegen das Todesurteil folgende heraus:

Die Belegschaften der Firma Schläder & Kreyer, Elmhorn, der Betriebsrat der Firma J. A. Benede, Bismarck, die Bergarbeiter der „Gewerkschaft Deutsches Land“, Deutscher L. (1000 Mann) fordern die Aufhebung des Todesurteils, „sonstfalls sie beschließen werden, in den Protesten zu treten.“

Der Betriebsrat der Firma G. Tiede AG, Leipzig, Belegschafts-Verordnungen der Zelle „Bergarbeiter“ in Ahlen, Kaserer Tholen 4/8 in Hamburg landen gleichfalls Protestentscheidungen.

Der Gesamtbetriebsrat der jüdischen Betriebe Chemnitz, die Belegschaften der Betriebe Gebr. Goerig AG, Chemnitz und der Chemnitzaner Trikotfabrik AG, die Betriebe Eis-Werk in Dresden, Straßenreinigung und Gartenbau-Verwaltung Leipzig schicken sich ebenfalls der Bewegung an.

Nerner erscheinen im Justizministerium Sachverständige der Delegierten zahlreicher jüdischer Betriebe, welche im Auftrage ihrer Belegschaften die Aufhebung des Todesurteils forderten.

Nur die rote Einheitsfrontaktion verhindert Lohnraub

Zum Kapitel: Kürzung der Sonntagszuschläge auf Abrum Wählitz

Vom Verband der Bergbau-Industrie-Arbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Zettlitz, wird unter Bezugnahme auf den § 11 des Protokollbuches zu unserem Artikel „Heraus zur Schweißblech-Konferenz“, erschienen in Nr. 268 des „Klassenkampf“ vom 19. des. Mts., eine Berichtigung überliefert. Es lautet:

1. Die Behauptung, daß die Berechtigung im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsbüroten des Bergbau-Industrie-Arbeiter-Verbandes von jetzt die Sonntagszuschläge von 50 auf 40 Prozent gekürzt habe, ist unrichtig.

2. Wahr ist vielmehr, daß weder ein Einvernehmen besteht, noch eine Vereinbarung zwischen der Belegschaft und dem am Tarifvertrag beteiligten Organisations-Kartellverband.

Verband der Bergbau-Industrie-Arbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Zettlitz, Gräfe.

Wir geben der Berichtigung Raum, obwohl wir in unserer Notiz über den Großraum „Wählitz“ nur geschrieben haben, daß die Gewerkschaftsbüroten bereit sind, diese Sonderzuschläge zu kürzen. Wir werden in der Berichtigung ruhig die Büroskraten festlegen. Wir werden ja sehen, wie sich die Dinge auf dem Abrum „Wählitz“ entwickeln.

Jedenfalls werden die Kumpels mit allen Mitteln gegen die Beschäftigten kämpfen und wenn die Büroskraten schreiben, daß sie kein Einvernehmen mit der Belegschaft von Wählitz besteht, sollen sie das jenen anders sagen!

Die Büroskraten stehen mit allen Brautsohnungen des Reviers und zwar in so gutem Einvernehmen, daß sie im Interesse des kapitalistischen Profits ganz offen den Streikbruch organisieren. Siehe den Fall von der Grube „Stieglitz“!

Gewerkschaften in der Protektion gegen Chemischer Urteil

In einer Mitgliederversammlung des Bergarbeitertreitsverbandes in Ahlen-Glad wurde eine Entschlossenheit angenommen, welche ebenfalls gegen das Todesurteil in Chemnitz protestiert und dessen Aufhebung verlangt. Gleichzeitig wird durch einstimmigen Beschluß eine Forderung an den Vorstand des Verbandes gerichtet, durch den Gesamtbetriebsrat eine Protestaktion einzuleiten.

Eine Konferenz der Gemeinde- und Bergarbeiter Dortmunds, an der 18 freigeberliche und 11 Mitglieder des christlichen Gemeindearbeiter-Verbandes teilnahmen, nahm einstimmig eine Protestentscheidung gegen das Cheminier Todesurteil an.

In einer Protestaktion des Gewerkschaftsvereins Schia-Mellis und der Betriebsräte wird folgendes gesagt:

„Die anwesenden Vertreter nahmen ferner Stellung gegen die Sondergerichte und fordern die Aufhebung des Todesurteils gegen den Arbeiter Barck.“

Die Funktionäre des Gesamtverbandes Breslau telegraphieren: „Schärfer Protest gegen Todesurteil Barck, fordern Aufhebung.“ Gleichzeitige Protestentscheidungen gegen das Todesurteil des Betriebsrates des Bergarbeitertreitsverbandes in Ahlen-Glad, Gewerkschaftler aller Richtungen, steigert euren Protest, Wählitz muß frei werden.

Werde Mitglied der Roten Milche!

lichen Gemeindearbeiter-Verbandes teilnahmen, nahm einstimmig eine Protestentscheidung gegen das Cheminier Todesurteil an.

In einer Protestaktion des Gewerkschaftsvereins Schia-Mellis und der Betriebsräte wird folgendes gesagt:

„Die anwesenden Vertreter nahmen ferner Stellung gegen die Sondergerichte und fordern die Aufhebung des Todesurteils gegen den Arbeiter Barck.“

Die Funktionäre des Gesamtverbandes Breslau telegraphieren: „Schärfer Protest gegen Todesurteil Barck, fordern Aufhebung.“ Gleichzeitige Protestentscheidungen gegen das Todesurteil des Betriebsrates des Bergarbeitertreitsverbandes in Ahlen-Glad, Gewerkschaftler aller Richtungen, steigert euren Protest, Wählitz muß frei werden.

Belgi... den... 28. Nov... Die... am 4. Novem... aus... hatte, er... zu den... folgenden:

... 28. Nov... Die... am 4. Novem... aus... hatte, er... zu den... folgenden:



Die werktätige Frau

Frauen im Kampf

Bilder und Szenen aus den Kämpfen der Arbeiterinnen

Torgau

Dort bei der bestellten 'Töpferbude', wie die Steingutfabrik des Schwelgerpapas Herrn v. Bapens, Billeroy & Böh, hier genannt wird, liegt das Lokal 'Zur gemüthlichen Ecke'. Hinten, im Vereinszimmer, hat die Streikleitung ihren Sitz aufgeschlagen. Hier werden Eisenmarken ausgegeben, Brot, Kuchen und Kaffeearten für den heutigen Kindernachmittag. Der Raum ist eng, verrauchert, der Menschen viele — was blieb da schon übrig von der 'Gemüthlichen Ecke'!

Es mutet ein wenig phantastisch an, wie da Arbeiter mit Kampfbundabzeichen, mit Hofentwurf und Dreifaltigkeitszeichen ihre Streikarten vorlegen und den vollen Stempel 'Billeroy & Böh, Streikleitung Torgau' aufgedruckt bekommen.

Mit dem Stempel hantiert eine Arbeiterin, volles Gesicht, viele Gläser, kurzschichtiger Blick. Wir haben uns verabredet — so über gibt sie den Stempel an ihren Nachbar, das ist Nichts, der Vorsteher der Streikleitung, ein Kommunist.

Frau A., das erlaube ich gelten von Nichts, ist Mitglied der NSD. Sehr aktiv im Streik und ehrlieh in der Einheitsfront gegen den Lohnbau. Als am Anfang des Streiks Bahnmann von der Gabelung der NSD, hierherkam und einen eigenen Streikband aufzusetzen verweigerte, ließ er auf entsetzten eigenen Überlebens der Frau R. Beschlagnahme unvorverständlicher Dinge nach Halle abgehen.

Ich lasse mir von Frau A. ihre Geschichte erzählen. Sie kommt aus Schlefien, Altes Gewerkschaftsmitglied, mit der SPD sympathisierend. Auf dem hier den Fabrikarbeiterverband aufzusehen und war dann eines Tages soweit, daß sie den ganzen Schwimmbad durchsch.

Wieviel sind Sie dann zu den Nazis gegangen, Frau A., und nicht zu den Kommunisten?, frage ich.

Ja, wissen Sie, ich ging damals, vor der zweiten Präfekturwahl war es, zu den Versammlungen der einen und der anderen. Verloste mich zu orientieren. Es gefielen mir die einen wie die anderen.

Aber, warum gingen Sie dann zu den Nazis?

Ich dachte mir, weil das schon so eine große Bewegung ist, daß die eben zum Ziel kommen werden.

Ja, das ist das einzige Grund?

Ja, das ist der einzige Grund — etwas zögernd — wenn Hitler an die Macht kommt und unsere Hoffnungen nicht erfüllen sollte, ja dann ...

Das, wenn? was ist ein revolutionäres, wenn?

Langenbielau

Heimat des Weberlebens. Der Herr Dreifiger, die Hentzer sind ... Des Aufstandes von 1848. Heute kreist — hier hilft kein Mitten und kein Nichts — die Belegschaft des Textilbetriebes Meier-Kaufmann, 600 an der Zahl, gegen die Fapensche Notverordnung.

Die tropische Kraft eponischer Gärten, die Bantheit eines Martines in Sarabaja zu schäffern, ist für den Reporter ein mühseliges, fast zweckloses Unterfangen. Was da herauskommt, ist doch ein blauer Schimmer der Wirklichkeit. Nebenlich ging es dem Schreiber dieser Zeilen auch in der Wohnung der Streckerin A. in Langenbielau. Hier war es bloß nicht die tropische Fülle und Pracht, sondern das graue Elend, das nicht auf das Papier zu bringen war.

Frau A. arbeitete bis zum Streik bei Meier-Kaufmann als Streckerin. Für 48 Stunden bekam sie durchschnittlich 14 Mark

heraus. Ihr Mann, gemelter russischer Kriegsgefangener, ist seit drei Jahren erwerbslos. Die beiden haben sechs Kinder. Von dem Kleiderbestand dieser Kinder löst bloß der an Strümpfen angelegten werden — Ähnlich verhält es sich mit dem anderen Greis, 'was die Aelteste ist', nicht die von Mutter an. Walterchen besitzt ein eigenes Paar. Die anderen besitzen kein einziges Paar. Und nun sollen ihr noch 24 Prozent des Lohns abgezogen werden!

Die rückwärtige Buchung des Elends, die wir an jenem Abend vornahmen, veranlaßte den Mann der Frau A. aufzufahren: 'Ja, siehst du, hättest du dich damals eines besseren besonnen ...'

Das, damals? war 1919, 1920.

Damals hoffte sie, glaubte sie, daß die Worte über die 'neue Zeit', über die soziale Republik in Erfüllung gehen werden.

Der Mann drängte: 'Nehmen wir doch nach drüben, in die Sowjetunion!' Die A. war fürs Abwarten.

1922, 1923. Fast jedes Jahr fand sich ein Kind ein und der Traum von der 'sozialen' Republik wurde immer blasser.

Ja — wären wir doch damals nach Rußland gefahren!'

Tief in den schließlichen Begeben, bei den Entfern der Handwerker, hat das geschichtliche Experiment — hier 'soziale' Republik, dort Sowjetland — keine Schicksalstrichter gefunden. Die haben sich für den Sowjetstaat entschieden. Und dort, wo Gerhard Baummann das gefürchtete Elend der ewig Jungendenden bloß sah und nichts mehr, ist heute ein revolutionäres Proletariat im Werden.

Reichenbach

Der Schlag vor 'Sühmanns Brauerei' mochte vor Menschen. Um 8 Uhr soll die Streikversammlung von 'Nassauer' feigen,

Kinder finden ihre Mutter tot auf

Die 'Neuntziger Zeitung' vom Montag, den 21. November, schreibt folgendes:

Bildhof, 19. November. Eine junge Hausfrau in Bildhof suchte ihre Kinder in den Gärten mit dem Auftrag, einige Aufräumungsarbeiten dort zu verrichten. Als die Kinder aufräumen, fanden sie die Wohnung verriegelt. Der Mann nach der Mutter blieb ergebnislos. Durch die Küchenschleier, die in geringer Höhe über der Erde liegen, gewahrten die Kinder ihre Mutter regungslos auf dem Fußboden ausgebreitet. Sie tiefen Nachbarn herbei, welche die Wohnungstür erbrachen. Die Mutter war tot. Die auf Veranlassung der Polizei vorgenommene ärztliche Untersuchung ergab, daß der Tod infolge Eingriffs gegen das feinernde Leben erfolgt war. Der Eingriff war erfolgt, als die Kinder im Garten spielten. Die Frau ist Mutter von fünf Kindern. Sie war 28 Jahre alt.

Soweit die Meldung. Nichts von der Ursache, die diese junge Arbeiterfrau veranlaßte, einen ungeschämten Eingriff an sich vorzunehmen. Das Eintommen reicht nicht dazu, die fünf lebenden Kinder satt zu machen.

Der Vorktrag 218 löstete hier wieder ein junges Leben, fünf Kinder sind mutterlos. Schuld an dem Tode dieser Arbeiterfrau trägt die kapitalistische Gesellschaft, die den Arbeiterfrauen gebietet, Kinder in die Welt zu setzen, ohne Arbeit und Brot zu schaffen, ohne ihnen Nahrung und Wohnung zu geben.

Zeitauflaube haben ihren Körper ruiniert und sind ihr Leben lang krank, weil das kapitalistische System den Verzicht verleiht, eine, für die Gesundheit unschätzbare Operation vorzu-

am 10 Uhr die von 'Cohn'. Es ist hier Großbetrieb, jedes Reichender Teilbetriebe liegen volle fünf bis

Es ist schon nach 8 Uhr und ich frage die weibliche Arbeiter, warum sie nicht zu Versammlung gehen. Das ist nicht von Nassauer, der andere meint, zur Versammlung ist bloß die gewerkschaftlich Organisierten Zutritt.

Nun, dann werde ich es versuchen. Schon von unten mit Kärm entgegen. Der Saal liegt im ersten Stock Treppenhause ist gedrückt voll von Arbeiterinnen. Die Arbeiterinnen hagen auf den hageren Gewerkschaftsleiter die Bücher kontrolliert, nieder. Häufig erbeben sich gegen Aus dem strobendenden Stimmenmeer ist dann und wann ein Satz zu verstehen:

'Gehören wir Unorganisierten nicht zu den Betrieben?' 'Ne, was glaubt du, wer wird früher in den Betrieben ist mit meinen drei Kindern oder du Organisierte?' 'Wie viel Jahre haben wir Marxen geliebt, ihr Schützler?' 'Achtzehn!' 'Sonsen!'

Der Dageer konnte sich nicht mehr helfen. Er war so oft fechtend im Bild nach hinten, dorthin, wo ein roter ja aber Herr fand, mit Doppelfinn, Grünblau und roten Eraten! Das ist der Gewerkschaftsfreie Arbeiter und der Textilarbeiterverband — eine lebende Karikatur eines Gewerkschaftsverbandes. Die Arbeiterinnen sind so sehr brauen wurden immer wilder, die Lage bedrohlich, und die Kinder dem hageren an der Tür das Zeichen: 'Lass sie aber keine Betriebsfremden!'

Die streikenden Arbeiterinnen ergossen sich in den Siegerinnen! Als unten am Platz die Kunde von der Unorganisierten bekannt wurde, tröteten die Männer nach oben.

Die Frau mit den drei Kindern, die schwarze Handbuchhalten als der an der Tür lebende Gewerkschaftsleiter, sollte recht behalten. Die ersten Streikführer bei waren Rase und Rufe, die beiden reorganisieren Betriebsräte.

nehmen. Not und Verzweiflung treibt die Arbeiterinnen zur Selbsthilfe.

Wie anders wird dagegen für die Frau und werbende in der Sowjetunion geloggt. Grobes hat die Arbeiterinnen Bauernregierung für die Befreiung der Frau geleistet.

Die bürgerliche Presse, die sich gerade heute in der Bildung und Beschimpfung des Bolschewismus nicht genug tun in einigen Fällen doch wahrheitsgemäße Berichte. So folgende: 'Saar- und Bliesgau' vom 19. November folgendes:

Die Frauen in Rußland

Die Sowjetunion zählt heute sechs Millionen arbeitsfähige Frauen gegen zweiundsiebzig Millionen im Jahre 1917. Im Laufe des Jahres 1932 sollen noch über eine Million in den Produktionsprozess eingetragt werden. Die Gesamtzahl ungeheurer Summen aus, um die materielle und geistige Stellung der Frau zu verbessern. Im Laufe der letzten Jahre hat etwa 500 Millionen Rubel für werbende und kinderfinden ausgegeben worden. 1931 hat man 100 Millionen Rubel für die Einrichtung von Spielplätzen, Bau von Mutterhäusern aufgewandt. Die Zahl der kinderfinden in den Kleinkinder-Bewahranstalten belief sich im anderenhalb Millionen gegen 100 000 im Jahre vorher. Millionen Ruwertinder sind im letzten Jahre in den kinderfinden und Kleinkinder-Schulen untergebracht worden. Zahl 15 Millionen Frauen in den letzten drei Jahren geschrieben gelernt.

Sie muß selbst eine bürgerliche Zeitung ausgeben, daß Frauen in der Sowjetunion alles getan wird, um die Frauen ist es eine Freude, Kinder zu bekommen, dem Sowjetstaat löst ihnen jede Hilfe angeheben.

Die gelamte wertigste Bevölkerung kämpft in der Einheitsfront zur Erreichung solcher bolschewistischer Ziele auch in Deutschland.

ECKE für proletarische Kinder!

Kämpft um die Freiheit unserer 'Trommel'

6 Monate lang sollen wir keine 'Trommel' lesen. Wir sollen nicht mehr erfahren, wie die Kinder in Deutschland, die Kinder in der ganzen Welt gegen Hunger, Krieg, Ausbeutung und Faschismus kämpfen, wie wir selbst in diesem Kampfe helfen müssen. 6 Monate lang sollen die Kinder und Pioniere in der Sowjetunion uns nicht berichten können von ihrem Leben.

Dagegen müssen wir uns wehren! Macht es überall so, wie diese Kinder und Pioniere: Wir Roten Jungpioniere von Hamburg-Sternschanze erfahren geben das Verbot unserer Kinderzeitung 'Die Trommel'. Wir erziehen gegen dieses Verbot schärfsten Protest.

Wir verlangen sofortige Zurücknahme des Verbots der 'Trommel'. Wir geloben, alle unsere Kräfte daraufzusetzen, um für 'Die Trommel' jetzt erst recht zu werben. Alle Arbeiterkinder lesen 'Die Trommel', die Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder! Fort mit dem Verbot der 'Trommel'! Es lebe 'Die Trommel'!

Als Antwort auf das Verbot stellen wir uns folgendes Ziel: 1 Roten Schulvorposten gründen, 5 neue Pioniere werben, 10 neue 'Trommel'-Abonnenten, 1 Kindernachmittag durchführen.

Selbst bereit! Rote Jungpioniere Hamburg-Sternschanze.

Wir Roten Jungpioniere und Arbeiterkinder von Hamburg-St. Georg protestieren gegen das Verbot der 'Trommel'. Man verbietet unsere Zeitung, weil 'Die Trommel' schreibt wie es uns Arbeiterkinder geht, und wie wir den Kampf gegen Hunger

und Not führen müssen. In der Schule und auf der Straße werden wir mit allen Kindern über das Verbot sprechen. Jetzt erst recht werden wir für 'Die Trommel' Abonnenten sammeln und für sie werben. Wir Roten Jungpioniere von St. Georg setzen alles daran, Arbeiterkinder zu uns zu gewinnen und rufen allen Pionieren und Arbeiterkinder zu:

'Jetzt erst recht lesen wir 'Die Trommel.''

Selbst bereit! Rote Jungpioniere Hamburg-St. Georg.

Im Zeichen des Gustav-Hoffmann-Aufgebots (Pionier Gustav Hoffmann wurde von den Nazis erschossen) wurde gestern in Essen-Ost eine neue Pionierabteilung geschaffen. Die versammelten Arbeiterkinder nahmen folgende Resolution gegen das 'Trommel'-Verbot an:

'Wir Arbeiterkinder von Essen-Ost protestieren gegen das Verbot der 'Trommel', der Zeitung der Arbeiter- und Bauernkinder, die uns zum Kampf führt gegen Kinderelend und Ausbeutung. Jetzt will man sie uns nehmen. Aber wir geloben, im Gustav-Hoffmann-Aufgebot viel stärker als bisher für unsere Zeitung zu werben und Hunderte von neuen Abonnenten zu gewinnen.'

Selbst bereit! Rot-Sport-Pioniere Essen-Ost.

Am Freitagabend, dem 28. November erschuld mordende SA. unseren Rot-Sportpionier, den Genossen Paul Grak Hamburg-Altona Wir setzen seine Arbeit fort!

Sammelt uneermüdet Abonnenten für 'Die Trommel' Illustration of children and a woman.